

Walter Mühlhausen

Biographische Quellen und Biographien zur deutschen Geschichte nach 1945

Wolfgang Benz/Angelika Schardt (Hrsg.), Kriegsgefangenschaft. Berichte über das Leben in Gefangenenlagern der Alliierten von Otto Engelbert, Hans Jonitz, Kurt Glaser und Heinz Pust, R. Oldenbourg Verlag, München 1991, 230 S., brosch., 58 DM.

Ursula Hübler, Meine Vertreibung aus Prag. Erinnerungen an den Prager Aufstand und seine Folgen. Herausgegeben v. Juliane Wetzel, R. Oldenbourg Verlag, München 1991, 147 S., brosch., 48 DM.

Christa Fladhammer/Michael Wild (Hrsg.), Max Brauer im Exil. Briefe und Reden aus den Jahren 1933-1946, Christians Verlag, Hamburg 1994, 360 S., geb. 42 DM.

Johannes Vogler, Von der Rüstungsfirma zum volkseigenen Betrieb. Aufzeichnungen eines Unternehmers der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands von 1945-1948. Herausgegeben v. Burghard Cielsa, R. Oldenbourg Verlag, München 1992, 165 S., brosch., 48 DM.

Ursula Büttner/Angelika Voß-Louis (Hrsg.), Neuanfang aus Trümmern. Die Tagebücher des Bremer Bürgermeisters Theodor Spitta 1945-1947, R. Oldenbourg Verlag, München 1992, 562 S., brosch., 98 DM.

James K. Pollock, Besatzung und Staatsaufbau nach 1945. Occupation Diary and Private Correspondence 1945-1948. Herausgegeben v. Ingrid Krüger-Bulcke, R. Oldenbourg Verlag, München 1994, 404 S., brosch., 98 DM.

Wolfgang Schollwer, FDP im Wandel. Aufzeichnungen 1961-1966. Herausgegeben v. Monika Faßbender, R. Oldenbourg Verlag, München 1994, 380 S., brosch., 98 DM.

Klaus-Peter Schulz, Authentische Spuren. Begegnungen mit Personen der Zeitgeschichte, Harald Boldt Verlag, Boppard a. Rh. 1993, 630 S., Ln., 98 DM.

Gunter Lange, Otto Suhr. Im Schatten von Ernst Reuter und Willy Brandt. Eine Biographie, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 1994, 240 S., brosch., 29,80 DM.

Karl-Ulrich Gelberg, Hans Ehard. Die föderalistische Politik des bayerischen Ministerpräsidenten 1946-1954, Droste Verlag, Düsseldorf 1992, 600 S., geb., 89 DM.

Biographische Zeugnisse stellen eine wichtige Ergänzung zur amtlichen Überlieferung dar. Sie geben Einblick in die Motive politischen Handelns von Entscheidungsträgern und besitzen gerade für jene Felder, für die andere Archivalien nur in begrenztem Maße

verfügbar oder überhaupt nicht vorhanden sind, einen besonderen Wert. Das gilt gleichermaßen für Tagebücher oder Briefe, die das unmittelbar Erlebte authentisch und ereignisnah festhalten, und Memoiren, die aus zeitlicher Distanz Geschehnisse reflektieren und dabei naturgemäß die Realität verzerren und verklären. Erklärtes Ziel der 1984 vom Institut für Zeitgeschichte in Verbindung mit dem Bundesarchiv begründeten Reihe »Biographische Quellen zur deutschen Geschichte nach 1945« ist es, die Akteneditionen zur deutschen Nachkriegsgeschichte, die auf amtlichem Schrifttum beruhen, durch die Veröffentlichung von autobiographischer Literatur zu ergänzen. Bislang wurden in dieser Reihe, deren Bände 10 bis 15 hier u. a. vorzustellen sind, vornehmlich Tagebücher und Aufzeichnungen von führenden Politikern der Nachkriegszeit publiziert. Zuletzt hat sie sich verstärkt lebensgeschichtlicher Erfahrungen »anonymer« Individuen, von zeitgeschichtlich eher »unbedeutenden« Akteuren, angenommen, die stellvertretend für ganze Bevölkerungsgruppen stehen und Aufschluß über Verhaltensweisen und Denknormen eben dieser Gruppen geben. Dazu zählen (publiziert als Bd. 10 der Reihe) die Berichte von vier Kriegsgefangenen, ediert von Wolfgang Benz und Angelika Schardt. Die Erinnerungen wurden aus unterschiedlicher zeitlicher Distanz zur Gefangenschaft niedergeschrieben. Die größte Authentizität besitzt das Tagebuch von Kurt Glaser, einem Angehörigen des Afrika-Korps, der von 1943 bis 1947 die Kriegsgefangenschaft in Afrika, den Vereinigten Staaten und Großbritannien verbrachte. Hans Jonitz, am Kriegsende bei Schweinfurt in die Gewalt der Sieger gelangt, beschreibt nach 40 Jahren, gestützt auf hunderte von Briefen an seine Ehefrau, seine Erfahrungen von 1945 bis 1947 in Frankreich unter Amerikanern und Franzosen. Aus dem gleichen zeitlichen Abstand schildert Heinz Pust seine acht Jahre (1945–53) in insgesamt 19 sowjetischen Lagern. Aus dem Rahmen fallen die Aufzeichnungen von Otto Engelbert, der, von 1943 bis 1949 in sowjetischer Gefangenschaft, zum antifaschistischen Propagandisten umgeschult wurde und hier ein – kurz nach der Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft angefertigtes – kritisches Resümee seines halben Jahres an der zentralen Antifa-Schule zieht.

Es sind typische Alltagsschicksale der Kriegsgefangenschaft unter den extremen Bedingungen von Internierung, Zwangsarbeit, Hunger und existentieller Not, die am prägnantesten in den Schilderungen der Gefangenschaft in der Sowjetunion, die ungleich härter als in westlichem Gewahrsam war, zum Vorschein treten: Es war ein alltäglicher Kampf ums Überleben, um einen Topf Suppe, ein Stückchen Brot, eine »Extraschüssel mit Waschwasser« (S. 36). Während des Krieges ertrugen, so zumindest in amerikanischer Haft, die Gefangenen, im Glauben an den deutschen »Endsieg«, ihr Schicksal noch »mit einer gewissen Leichtigkeit« (S. 203). Das änderte sich schlagartig gegen Ende des Krieges mit den Meldungen vom immer rascheren Vordringen russischer Truppen ins Innere des Reiches. Die Sorge um die Angehörigen wuchs, und daran änderte auch das Kriegsende nichts, denn die Gefangenen blieben von Informationen aus der Heimat abgeschnitten. So kam für Hans Jonitz selbst im ersten Jahr in Gefangenschaft auf französischem Boden nur zweimal Post von der Familie. Ein Gefühl der Ohnmacht und des Ausgeliefertseins bestimmte die Stimmungslage der Gefangenen, deren Hoffnungen auf eine rasche Rückkehr immer wieder zerstört wurden: Heinz Pust wurde 1949 wegen »gegenrevolutionärer Handlungen« zu 25 Jahren Haft abgeurteilt; statt der erwarteten Heimreise aus den Vereinigten Staaten schloß sich für Glaser noch ein Jahr in Großbritannien an: »Der Menschenhandel geht weiter« (S. 208). Zuversicht wich der Resignation, wenn statt der offiziell verkündeten Entlassung aus amerikanischer Gefangenschaft über Nacht durch einen Austausch der Bewachtungssoldaten die Übergabe an die Franzosen erfolgte: »Wir fühlten uns wie am Sklavenmarkt« (Jonitz, S. 102). Eine Auseinandersetzung damit, wo letztlich die Ursachen für dieses Schicksal lagen, findet sich in den Aufzeichnungen nur ansatzweise. Man erfährt wenig über die Haltung zum Nationalsozialismus und zu der Frage, ob und inwieweit die Kriegsgefangenschaft politi-

sche Einstellungen veränderte oder gar zu einer intensiveren Beschäftigung mit der Diktatur führte. Zumindest Heinz Pust stellt rückblickend fest, daß die Gefangenschaft keinen entscheidenden Wandel der Gesinnungen herbeigeführt habe; er konstatiert »faschistisches Denken ohne Hitler und die NSDAP« (S. 39) und ein »Überlegenheitsgefühl gegenüber den Russen« (S. 37). Bei den authentischen Aufzeichnungen von Kurt Glaser ist wenig von einer Reflexion des Nationalsozialismus zu spüren. Als im Dezember 1945 den Gefangenen Filme über Konzentrationslager gezeigt wurden, notierte er dies eher nüchtern in sein Tagebuch; ob die Inhaftierten überhaupt – und wenn ja, wie – reagierten, bleibt verborgen. In dieses Bild paßt es, daß im amerikanischen Gewahrsam – wo erst kurz vor Kriegsende der Hitler-Gruß unter den Gefangenen verboten wurde – am 9. November 1943 in Erinnerung an den Hitler-Putsch 1923 der »Gefallenen der Bewegung« gedacht und am 30. Januar 1944 mit feurigen Reden und »Sieg heil« die Wiederkehr der »Machtergreifung« begangen wurde. Im November 1944 allerdings untersagte der Lagerkommandant die vorgesehene Feierstunde zum »Gedenktag«. Wie die Erfahrung von Gefangenschaft nach der Rückkehr ins zivile Leben noch nachwirkte, erschließt sich aus den retrospektiven Berichten nicht, die als repräsentativ für das Massenschicksal der Kriegsgefangenen zu gelten haben, die Jahre ihrer Jugend verloren hatten.

Von einem »gestohlenen Jahr« (S. 134) berichtet Ursula Hübler, die in ihren Aufzeichnungen (publiziert als Bd. 11 der »Biographischen Quellen zur deutschen Geschichte nach 1945«), auf der Basis von 1949 niedergelegten Notizen 40 Jahre danach die Erinnerungen an den Prager Aufstand 1945 und ihre anschließende Internierung und Zwangsarbeit schildert. Die Autorin zählt nicht zu den vertriebenen Sudetendeutschen, sondern war nach der Errichtung des »Protektorats Böhmen und Mähren« aus dem »Altreich« nach Prag gekommen, als sie – jung vermählt – ihrem 1939 dorthin versetzten Ehemann folgte. Sie blieb in Prag, als dieser zur Wehrmacht eingezogen wurde. Mit dem Ende der nationalsozialistischen Okkupation bekamen sie und ihr nicht einmal zweijähriger Sohn – wie die übrigen 200 000 in Prag lebenden Deutschen – die ganze Wut der Bevölkerung, mit der sie bis dahin wohl in guter Nachbarschaft gelebt hatten, zu spüren. Aus der Distanz entwickelt sie durchaus Verständnis dafür, daß man sich nach der Auslöschung des tschechoslowakischen Staates nicht allzusehr wundern durfte, »jetzt unsererseits irgendwie die Rechnung zahlen zu müssen«. Die »Rechnung zahlen« bestand für Ursula Hübler zunächst in der sofortigen Räumung der Wohnung und – anstatt der erwarteten Ausweisung nach Deutschland – im Transport in ein Internierungslager. Als besonders erniedrigend empfand es die junge couragierte Frau, einer vorwiegend von Männern dominierten Welt ausgeliefert zu sein. Der sehr einfühlsam verfaßte Bericht offenbart eindringlich die psychischen Belastungen: die nackte Angst vor der Gewalt und die permanente Furcht vor den russischen Soldaten, die in das zum Internierungslager umfunktionierte Krankenhaus verlegt wurden. Aufschlußreich sind die Aufzeichnungen auch hinsichtlich des Gruppenverhaltens: Unter dem Druck der Internierung entstand ein Zusammengehörigkeitsgefühl der Zwangsarbeiter; aber das Zusammenleben in der Masse ohne Privatsphäre auf engstem Raum unter unhygienischen Verhältnissen führte zwangsläufig zu »Reizbarkeit und Aggressionen« (S. 109). So entwickelte sich das Lagerleben zu einem fortwährenden »Kampf gegen die Angst, gegen Krankheit, Bedrohung, Hoffnungslosigkeit und Depression«. Dieses Leiden endete für Ursula Hübler erst im Mai 1946 mit dem Rücktransport in die amerikanische Zone. Die beiden Bände dokumentieren beispielhaft die Erfahrungswelt eines Teils der Nachkriegsgeneration, für die das Kriegsende nicht unmittelbar Rückkehr ins zivile Leben bedeutete.

Im gleichen Jahr wie Ursula Hübler kehrte auch ein Mann nach Deutschland zurück, der 1933 aus politischen Gründen das Land verlassen mußte: Max Brauer (1887–1973), ab 1946 erster freigewählter Nachkriegs-Bürgermeister Hamburgs. Von ihm liegen jetzt

Reden und Schriften aus dem Exil vor, die ein sehr persönliches Zeugnis ablegen vom »anderen Deutschland«, vom Leben und Denken in der Emigration. Der Oberbürgermeister von Altona (1924-33) mußte als prominenter sozialdemokratischer Kommunalpolitiker nach der Machtergreifung um sein Leben fürchten. Er entzog sich dem Zugriff der nationalsozialistischen Häscher durch Flucht, zunächst nach Österreich und dann über die Schweiz nach Frankreich. Nach einem Jahr als Berater für Verwaltungsfragen in China und Rückkehr nach Paris ermöglichte ihm eine Einladung des »American Jewish Congress« 1936 den Sprung nach Amerika, wo er bis 1946 blieb und dort für die »German Labor Delegation« tätig war.

Der Schwerpunkt der Edition, die mit einer ausführlichen Darstellung der Biographie Brauers bis zur Rückkehr nach Deutschland eingeleitet wird, liegt auf den ersten Jahren des Exils, die mit Briefen von und an Brauer belegt sind. Die Zeit in den Vereinigten Staaten ist vornehmlich durch Reden und Manuskripte dokumentiert, die allerdings weniger lebendig als die persönlichen Briefe ausfallen. Die Korrespondenz von Brauer, der 1933 ungewollt zum Weltenbummler geworden war, spiegelt, wenngleich es sich bei ihm um einen prominenten Emigranten handelt, exemplarisch die Sorgen und Nöte des alltäglichen Exils, die Ungewißheit über die Zukunft und auch die Angst um das eigene Leben wider. So schloß er innerlich bereits mit seinem Leben ab, als ihn die Franzosen Weihnachten 1935, kurz vor seiner Abreise in die Vereinigten Staaten, in Auslieferungshaft nahmen. Das empfand er als Tiefpunkt seines Emigrantendaseins. Vor allem der Schriftwechsel mit seiner Frau führt den Alltag des Emigranten vor Augen, der isoliert im fernen China auch die Nähe der in der Schweiz verbliebenen Familie vermißte und den die Suche nach Beschäftigung und Auskommen quälte: »Nun stehe ich wieder einmal vor dem Nichts« (S. 250), schreibt Brauer nach dem Ende seiner China-Mission an den Vorstand der Sopade, der ihm allerdings nur bescheidene finanzielle Hilfe zukommen lassen konnte.

Der Exilant auf Abruf war zunächst von der Hoffnung getragen, daß Europa in einigen Jahren von der »erbärmlichen braunen Pest befreit sein« werde (12. 9. 1933, S. 111). Aus der Entfernung – vor Heimweh bewahrten ihn, wie er mehrfach schreibt, die Gedanken an deutsche Konzentrationslager – blickte er stets »mit dem Gesicht nach Deutschland«. Während sein ebenfalls emigrierter Freund Rudolf Katz seit 1934 nicht mehr mit einem »baldigen Ende des ganzen Streicher- und Anstreichersystems« rechnete, glaubte Brauer, der sich stets die Frage stellte, wie lange die Diktatur sich halten werde und welche Rolle die Sozialdemokratie in der Nach-Hitler-Zeit spielen sollte, zur gleichen Zeit noch an einen Zusammenbruch der »Naziherrschaft« in zwei Jahren. Solcher Optimismus war fehl am Platz. Ebenso irrig war seine Annahme, daß sich die Arbeiterschaft gegenüber dem Nationalsozialismus als immun erweisen werde. Auch seine 1942 geäußerte Ansicht, daß »die seinerzeit in der Arbeiterbewegung organisierten Millionen nur auf den geeigneten Augenblick warten«, um »gegen ihre Unterdrücker in Aktion zu treten« (Rede in Orlando, S. 236), ging an der Realität des NS-Regimes vorbei. Während seine Einschätzung der Entwicklung in Deutschland durchaus Schwankungen unterworfen war – abhängig von den spärlichen Informationen aus dem Reich –, zeigen sich in seinen Briefen und Reden konstante Vorstellungen vom Nachkriegsdeutschland. Für den »geborenen« Sozialdemokraten, der die Politik der eigenen Partei in Weimar ohne große Selbstkritik gegenüber anderen entschieden verteidigte, gab es keinen Zweifel an der Wiedergründung der SPD; eine Zusammenarbeit oder gar Vereinigung mit sozialistischen Splittergruppen und der KPD lag außerhalb seiner Vorstellungswelt. So war es mehr als nur eine historische Reminiszenz, als er im Oktober 1946 auf einer Funktionärsversammlung der Hamburger SPD bewußt aus seiner Antrittsrede als Oberbürgermeister von Altona 1924 zitierte: Es war der Ausdruck des politischen Selbstverständnisses eines Emigranten, der seinen Anspruch auf Mitverantwortung beim Bau ei-

nes neuen Deutschlands aus den Jahren des Exils schöpfte und das fortsetzen wollte, was 1933 durch die Diktatur unterbrochen worden war.

Einblicke in einen bislang noch wenig belichteten Bereich der Geschichte in der sowjetischen Besatzungszone bieten die Aufzeichnungen Johannes Voglers (erschieden als Bd. 12 der »Biographischen Quellen«). Mit ihnen wird erstmals der ökonomische Rekonstruktionsprozeß im Osten Deutschlands aus der Sicht eines mittleren Unternehmers beleuchtet. Der Tagebuchschreiber repräsentierte den Typus des neuen Wirtschaftsführers im sowjetisch besetzten Teil, der sich als Folge der einschneidenden wirtschaftspolitischen Umgestaltung durch die Besatzungsmacht herausbildete. Vogler (geboren 1914), seit 1944 Betriebsingenieur der zum Flick-Konzern gehörenden Freitaler-Stahl-Industrie in Sachsen, wurde 1945 von der sowjetischen Militäradministration zum Treuhänder des Rüstungsbetriebes ernannt, der sich mit Kriegsende sofort auf Lokomotiv- und Waggonreparatur umstellte. Hieraus entstand im August 1946 sein eigener Betrieb. Sein Tagebuch vom Februar 1946 bis zum Oktober 1948, als der Betrieb in »Volkseigentum« übergang, vermittelt einen nachhaltigen Eindruck von dem fortwährenden Kampf um die Existenz der Firma und den Auseinandersetzungen mit einer unberechenbaren, oft widersprüchlich agierenden Besatzungsmacht und den neuen deutschen Verwaltungen, die bisweilen bürokratische Kleinkariertheit an den Tag legten. Dagegen stand »ein unbändiger Wille« des Unternehmers und der Belegschaft, »wieder neu zu beginnen« (S. 17). Die Unwägbarkeiten wurden mit einem bemerkenswerten Maß an Einfallsreichtum und Improvisationstalent überwunden: So produzierte man aus den Abfällen von Geschossen gewinnbringend Nutenfräser. Zur Aufbruchsstimmung gesellte sich die Furcht vor der Demontage, die wie ein Damoklesschwert über den Wiederaufbaubemühungen hing und gegen die sich im Betrieb schon sehr früh offener Widerstand rührte.

Die Aufzeichnungen, im ersten Teil eher holzschnittartig, liefern gerade in ihrem zweiten Teil über die reine Werksgeschichte auch ein Bild des Alltags: Während Behörden – wie Vogler klagend notiert – ihre Werksküchen aufrechterhalten konnten, stand er stets vor der Frage, wie überhaupt Nahrungsmittel beschafft werden sollten, um den Arbeitern seines von ihm als lebenswichtig charakterisierten Betriebes »ein einfaches Essen verabreichen zu können« (S. 92). Zum Alltag der Nachkriegszeit gehörte es, wenn im Februar/März 1948 nur bis mittags gearbeitet werden konnte, da die Heizung noch nicht fertiggestellt war, oder aber zugesicherte Bekleidungsuteilungen mehrere Wochen ausblieben. Neben diesen aus der besonderen Nachkriegssituation resultierenden Rahmenbedingungen, die gleichermaßen für die anderen Zonen galten, wirkte sich auch der von der Besatzungsmacht vorangetriebene strukturelle Umwandlungsprozeß der Wirtschaft negativ auf die Produktion aus. Vogler spürte den zunehmenden Druck der Behörden, auch seinen Betrieb »volkseigen zu machen«. So war der Beschluß der Unternehmensleitung 1948, für die Weiterexistenz des Betriebes mit seiner Belegschaft von 300 Arbeitern sei die Verstaatlichung die beste Lösung, unausweichlich. Das Tagebuch dokumentiert die Sozial- und Erfahrungsgeschichte der Aufbaugeneration der späteren DDR, in der Vogler auch weiterhin, zunächst als Direktor seines nun verstaatlichten Betriebes, blieb. Später übernahm er sogar leitende Positionen in der Wirtschaft. Allerdings ist diese Quelle als Beleg zu schmal, um – wie in der Einleitung geschehen – generalisierende Aussagen über den Aufbau der ostdeutschen Wirtschaft zu treffen. Dazu bedarf es noch weiterer Aufzeichnungen dieser Art.

Der politische Aufbau im Nordwesten Deutschlands findet sich minutiös geschildert in den Tagebüchern des Bremer Senators Theodor Spitta (1873–1965) aus der Zeit von Weihnachten 1944 bis zum Januar 1948, den wohl einzigen detaillierten, unmittelbar festgehaltenen Zeitbetrachtungen eines Mannes aus der Riege der führenden Landespolitiker, die von den Besatzungsmächten nach Kriegsende in die Verantwortung gestellt

worden waren (Bd. 13 der »Biographischen Quellen«). Daß hier Aufzeichnungen eines typischen Vertreters des Bürgertums erhalten geblieben sind, die über das lebensgeschichtlich kaum als Zäsur empfundene Kriegsende hinweggehen, darf man getrost als Glücksfall für die Forschung verbuchen. Bereits 1905 war der Sohn eines Bremer Überseekaufmanns in seiner Heimatstadt ins Landesparlament gewählt worden; von 1911 bis 1933 gehörte er dem Senat an. Im Juni 1945 kehrte er 72jährig wieder in die Landesregierung zurück. Hier war er zunächst Senator unter dem nur kurzzeitig amtierenden Regierenden Bürgermeister Erich Vagts, dann zweiter Bürgermeister im ernannten Senat unter der Führung des Sozialdemokraten Wilhelm Kaisen. Nach den ersten freien Bürgerschaftswahlen im Oktober 1946 behielt er dieses Amt, bis er 1955 im Alter von 82 Jahren Abschied von der großen Politik nahm.

Spitta war ein geübter Tagebuchschreiber. Seit seiner Jugend hielt er das Tagesgeschehen fest. Die Herausgeber taten gut daran, von den seit 1942 erhalten gebliebenen Aufzeichnungen nicht nur die der Nachkriegszeit, sondern auch jene aus den letzten Kriegsmonaten aufzunehmen. In den Eintragungen der letzten Kriegsmonate spiegeln sich, über die Stimmungslage des Schreibers hinaus, die Einstellungen einer zunehmend verunsicherten, psychisch wie physisch erschöpften Bevölkerung wider, die, von einem bis zuletzt intakten NS-Apparat mit unsinnigen Parolen zum Durchhalten angetrieben, mit zwiespältigen Gefühlen den Untergang der Diktatur heraufziehen sah: Die Sehnsucht nach dem Ende des Krieges paarte sich mit der Angst vor einer ungewissen Zukunft nach der absehbaren Niederlage. Während Spitta zu Beginn des Jahres 1945 noch zwei Gruppen ausmacht – die einen, die auf den Endsieg hoffen und alles »in rosigem Lichte sehen«, und jene, die den Zusammenbruch erwarten (4. 1. 1945, S. 33) –, so heißt es im April, als die Sieger vor den Toren der zerstörten Hansestadt stehen: »Die allgemeine Stimmung in Bremen scheint zu sein: Wenn nur die Entscheidung bald fiele und alles vorbei wäre! Trotz der offiziellen Propaganda ist da wenig Verständnis und Zustimmung dafür, Bremen mit allen Mitteln bis zum Äußersten zu verteidigen« (16. 4. 1945, S. 83). Die hohe Dichte der Kriegsaufzeichnungen setzt sich auch in den täglichen Eintragungen nach der Befreiung fort, wenngleich sie für die Jahre 1946/47 kürzer ausfallen. Sie bieten ein plastisches Bild der Zusammenbruchsgesellschaft: das Leben in den Trümmern – Spitta ist selbst ausgebombt –, die ganze Palette der Not und die prekäre Versorgungssituation; auch der zweite Bürgermeister friert im Winter 1946/47 in dem »einzigsten, etwas durch den elektrischen Herd erwärmten Raum [...] in Mantel und Decke« (15.12.1946, S. 426). Als er im Januar 1947 zum Geburtstag vom Rathaus fünf Zentner Kohlen als Geschenk erhält, kann man schon wieder etwas »verschwenden«. Aus den zahlreichen mitgeteilten Nebensächlichkeiten dieser Art entwickelt sich ein facettenreiches Panorama der Zeit.

Spitta beschreibt ausführlich die Politik im Zeichen der Besatzungsherrschaft, beleuchtet die ganzen Schwierigkeiten der unter dem völligen Souveränitätsverlust leidenden deutschen Behörden und die Auseinandersetzungen mit der Militärregierung, die auch in der besonderen Situation Bremens begründet lagen: »Anhaltender Wirrwarr infolge der unklaren und nicht abgegrenzten Doppelherrschaft Englands und Amerikas« (7. 1. 1946, S. 296). Er registriert mit einem zeitweise resignierenden Unterton die aus der bedingungslosen Kapitulation resultierende Dominanz der Besatzungsmächte und die Unterordnung deutscher Politiker, die »über die unverständigen Eingriffe der Amerikaner« oft der Verzweiflung nahe waren: »Die nützliche Arbeit immer wieder gehindert und gelähmt« (25.8.1945, S. 220). Die Tagebücher erhellen schlaglichtartig, welch hohen Stellenwert die Entnazifizierung als Konfliktherd zwischen Amerikanern und Deutschen besaß. War schon der Versuch, eine handlungsfähige Verwaltung aufzubauen, angesichts des Personalmangels äußerst schwierig, so sah Spitta die »ganze Senatsarbeit durch die Absetzung von acht unentbehrlichen und tüchtigen höheren Be-

amten« in Frage gestellt (21. 6. 1945, S. 166). Trotz der gemeinsamen Absicht, die prominenten Vertreter des Unrechtsregimes aus den verantwortlichen Stellen zu entfernen, offenbarten sich die unterschiedlichen Interessenlagen von Siegern und Besiegten. Während die Besatzungsbehörden eine rigorose, auch die einfachen NS-Mitglieder erfassende Säuberung der Verwaltung und später der Wirtschaft zum Ziel hatten, setzte die deutsche Seite, zum einen besorgt um die Funktionstüchtigkeit der personell ausgezehrten Verwaltung, zum anderen aus Furcht vor einer Solidarisierung der »kleinen« mit den »großen« Parteigenossen auf eine weit großzügigere Handhabung.

Der Individualist Spitta, ein Liberaler alter Schule, war kein ausgesprochener Parteipolitiker. Obwohl er zu den Gründungsmitgliedern der liberalen Bremer Demokratischen Volkspartei gehörte, stand er der Reorganisation von Parteien reserviert gegenüber. Dem Bremer Patrizier, der ein enges Verhältnis zum sozialdemokratischen Regierungschef Wilhelm Kaisen besaß, waren die festgefahrenen Gespräche um die Bildung der Regierung nach den ersten freien Wahlen, das Feilschen um parteipolitische Stärke im Senat und die Diskussion um potentielle Kandidaten augenscheinlich ein Greuel: »Diese Art untergräbt die Demokratie, ehe sie aufgerichtet ist. Dasselbe Parteielend wie vor 1933« (28. 10. 1946, S. 409). Ebenso distanziert verhielt er sich gegenüber neoliberalen Konzepten und setzte – die Weltwirtschaftskrise als Erfahrung im Hintergrund – auf einen dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Seine Tagebücher stellen nicht nur für die Geschichte Bremens eine Fundgrube dar, sondern sind auch für die »Vorgeschichte« der Bundesrepublik Deutschland als ungefilterte biographische Momentaufnahme eines führenden Politikers aus dem Bürgertum von hohem Quellenwert.

Aus der anderen Perspektive – der eines Vertreters der Besatzungsmacht – betrachtet James K. Pollock den Wiederaufbau im Nachkriegsdeutschland (erschieden als Bd. 14 der »Biographischen Quellen«). Pollock (1898–1968), Professor für politische Wissenschaften in Michigan, wurde als ausgewiesener Wissenschaftler und Kenner Deutschlands im Juni 1945 zum Sonderberater der amerikanischen Militärregierung für Verfassungs- und Verwaltungsfragen ernannt. Er begleitete die wichtigsten Ereignisse im Nachkriegsdeutschland aus nächster Nähe und war beratend an allen Entscheidungen beteiligt, die mit dem Aufbau der deutschen Verwaltung zusammenhingen. Als Direktor des amerikanischen Verbindungsbüros beim Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebietes (»this baby of mine«) fungierte er bis zum August 1946 an zentraler Stelle zwischen amerikanischer Besatzungsmacht und deutschen Politikern. Auf Wunsch des amerikanischen Militärgouverneurs Clay kam Pollock Anfang 1947 und im Frühjahr 1948 für jeweils mehrere Wochen nach Deutschland zurück, um die Militärregierung zu beraten und Berichte über die Stimmung im Land anzufertigen. Den drei Aufenthalten entsprechend gliedern sich die Aufzeichnungen – Tagebucheintragen und Korrespondenz mit der Familie – in drei Teile, deren erster, von Juli 1945 bis zur Entscheidung für den bizonalen Zusammenschluß, die stärkste Aussagekraft besitzt. Es sind die Zeugnisse eines sachkundigen, präzise analysierenden Beobachters, der zu Beginn seiner Mission noch zweifelte, ob es den Besatzungsmächten gelingen werde, Deutschland in den Kreis der demokratischen Nationen zurückzuführen. Beim Anblick von nationalsozialistischen Parolen an zerstörten Mannheimer Häuserwänden notierte er kurz nach seiner Ankunft: »I wanted to strike them out and put up some of our own. Have we any?« (24. 7. 1945, S. 53). Anfänglich noch von der Hoffnung auf eine gemeinsame Viermächteverwaltung getragen, erlebte er in Berlin als Begleiter Clays in den Sitzungen der Kontrollratsausschüsse die Uneinigkeit der Sieger und die zunehmenden Schwierigkeiten zwischen den Zonen, so daß er im April 1946 düstere Zukunftsperspektiven malt: »Germany is really a torso without a head or limbs, attended by four physicians, who, unless they take emergency measures, will soon find that the patient is going to die of anemia« (S. 200). In dem Bewußtsein, daß ein zentraler Aufbau Deutschlands nicht mög-

lich sein werde, plädierte er schon im Januar 1946 für eine engere Kooperation einzelner Zonen; so fand auf seine Anregung hin Anfang Februar 1946 das erste Treffen deutscher Politiker aus der amerikanischen und britischen Zone statt. Die Bizone wurde von ihm wesentlich vorbereitet. Seine Notizen dokumentieren jenes fruchtbare und mit zunehmender Dauer immer kollegialer werdende Miteinander zwischen den Vertretern der Militärregierung und den führenden deutschen Politikern, die er aus nächster Nähe kennen und schätzen lernte. Das Lob, das er den drei von den Amerikanern eingesetzten Ministerpräsidenten der Länder in der US-Zone zollte (»a very capable trio«, S. 119), galt gleichermaßen allen deutschen Politikern.

Dank seiner engen Verbindungen zu Clay, dem er zuarbeitete und der ihn schätzte, und zu den Spitzen der Militärbehörden geben seine Papiere wichtige Einblicke in den Mechanismus der Besatzungsverwaltung. In ihnen schlagen sich interne Auseinandersetzungen der amerikanischen Besatzungsbehörden zwischen Militärs und Zivilisten ebenso nieder wie die Unzufriedenheit des in der zweiten Linie agierenden Militärregierungspersonals mit den Entscheidungsträgern in Berlin, die über die Köpfe der Männer vor Ort Direktiven erließen. Pollock, der als einer der wenigen in der Militärregierung bereits vor seiner Mission Kenntnisse über Deutschland besaß und die deutsche Sprache beherrschte, beklagte das unzureichende Wissen über die deutschen Verhältnisse auf der Seite der Militärbehörden, die nach seiner Ansicht mit dem Tagesgeschäft vollkommen überlastet waren. Das spürte auch er, den die Gier nach Informationen antrieb: »I must find more time [...] to discuss matters with representative Germans. [...] I also miss the opportunity to move about at will, sticking my nose in here and there to see what is actually going on right down through the whole German administration.« (28. 12. 1945, S. 137) Neben der politischen Ebene sind Pollocks Aufzeichnungen – vor allem die als Ersatz für Tagebucheinträgen geschriebenen Briefe an seine Frau und die Berichte über seine Inspektionsreisen, die im Anhang neben weiteren Memoranden abgedruckt sind – auch für die Kenntnis der Lebensverhältnisse und der Befindlichkeiten im Nachkriegsdeutschland von Bedeutung. Im Februar 1947 konstatierte er den Tiefpunkt der Stimmung im Lande, eine wachsende Unsicherheit und pessimistische Grundtendenz in der Bevölkerung, die nicht allein auf den äußerst strengen Winter zurückzuführen seien.

Der Wert dieser Papiere, die von der Herausgeberin mustergültig eingeleitet, aber sehr sparsam annotiert wurden, kann nicht hoch genug veranschlagt werden. Es ist eine Quelle ersten Ranges, weil der Wiederaufbau im Nachkriegsdeutschland hier – anders als in den Memoiren von prominenten Mitgliedern der Militärregierung –, aus der Sicht eines führenden Mitarbeiters der Siegermächte authentisch und nicht nachträglich geglättet beschrieben wird. Sie ergänzen atmosphärisch das, was bürokratisch-nüchtern in den mittlerweile auch in Deutschland zugänglichen Akten der amerikanischen Militärregierung zu finden ist.

Für die von der Forschung jüngst stärker ins Visier genommenen 1960er Jahre, die auch durch die Protokolle von Parteigremien erschlossen worden ist, bilden die Tagebücher des FDP-Politikers Wolfgang Schollwer (geboren 1922) eine wichtige biographische Ergänzung (Bd. 15 der »Biographischen Quellen«). Nach seinen Aufzeichnungen aus den Jahren 1948 bis 1950, aus seiner Zeit als junger Funktionär der liberalen Partei in der sowjetischen Besatzungszone bzw. der DDR, und aus den Jahren 1957 bis 1961¹ liegen mit der Fortsetzung der Tagebuchreihe, die mit detaillierten Schilderungen der dramatischen Koalitionsverhandlungen 1961 beginnt und mit dem »Tod der Erhard-Mende-

1 Wolfgang Schollwer, Potsdamer Tagebuch 1948–1950. Liberale Politik unter sowjetischer Besatzung. Herausgegeben v. Monika Faßbender, München 1988; ders., Liberale Opposition gegen Adenauer. Aufzeichnungen 1957–1961. Herausgegeben v. Monika Faßbender, München 1990.

Regierung« (S. 342) im Oktober 1966 endet, ein aufschlußreiches Dokument über die Phase des programmatischen Umbruchs der FDP vor. Schollwer, 1950 in den Westen geflohen, seit 1959 Chefredakteur des FDP-Pressedienstes und von 1962 bis 1970 Referent für Deutschland- und Außenpolitik in der Bundesgeschäftsstelle seiner Partei, war Vordenker einer neuen Deutschlandpolitik der FDP, gekennzeichnet durch die Forderung nach Anerkennung der DDR, Aufgabe der Hallstein-Doktrin und Respektierung der bestehenden Ostgrenzen bis zu einer endgültigen friedensvertraglichen Regelung. Mit den beiden »Schollwer-Plänen« von 1962 und 1966 löste er innerhalb der Partei und in der Öffentlichkeit heftige Kontroversen aus.

Auch wenn seine Aufzeichnungen erst Mitte der 1970er Jahre auf der Basis von Notizen und Gesprächsmitschriften angefertigt und für die Publikation noch einmal überarbeitet und gekürzt wurden, haben sie dennoch wenig von der Authentizität eines unmittelbar nach dem Erlebten geschriebenen Tagebuches eingebüßt. Sie sind das Dokument eines Insiders der Partei, der, obwohl nicht Mitglied des Bundestages, als Betrachter und Mitwirkender die Jahre des Wandels der FDP dicht beschreibt. Bereits die ausführliche Darlegung der windungsreichen Koalitionsgespräche 1961 weist einen recht gut informierten Beobachter aus: Die Entscheidung der FDP, Adenauer zu akzeptieren, fällt nach einer siebenstündigen Fraktionssitzung im geheimen Votum mit einem vom Parteivorsitzenden Erich Mende nicht bekanntgegebenen Ergebnis. Der Chronist erfährt freilich hinter vorgehaltener Hand das Resultat: 30 zu 20 Stimmen. Auch für die Folgezeit bietet er Einzelheiten aus Partei und Fraktion, nennt Streitpunkte und Namen derer, die Widerspruch gegen den Kurs Mendes anmeldeten und die »mangelhafte Führung« (S. 64) beklagten. Schollwer, der sich trotz gelegentlicher Kritik an Mende stets loyal gegenüber dem Parteivorsitzenden verhielt und ihn generell positiv beurteilte, stand abseits der parteiinternen Zirkel, was ihm eine kritische Distanz zu den Akteuren und zu den Ereignissen ermöglicht. Die Parteitage verlaufen für ihn wenig erbaulich: 1964 ist für ihn die Versammlung ein »ziemlicher Reinfall« (S. 206), zwei Jahre später fehlt es dem Nürnberger Treffen an »Klarheit, Harmonie und mitreißendem Schwung« (S. 323). Konflikte der Regierungspartner bestimmten die Sitzungen der oft uneinigen FDP: »Heute wiederum mehr als eine siebenstündige Beratung der Koalitionsprobleme« (8. 12. 1962, S. 89), ist so oder in ähnlicher Weise eine wiederkehrende Formel. Es ist angesichts der vielschichtigen Koalitionskonflikte schon einigermaßen erstaunlich, daß das Regierungsbündnis überhaupt so lange hielt. Obwohl der Partei die große Koalition als Schreckensvision immer vor Augen schwebte und sie durch das »Koalitionsgemauerschel der Union mit der SPD« (4. 12. 1962, S. 84) beunruhigt war, trat sie – mit fast 13 Prozent der Wählerstimmen im Rücken (1961) – gegenüber dem Koalitionspartner recht selbstbewußt auf. Das galt vor allem in der Frage des Rücktritts Adenauers: »Lieber eine schwarzrote Koalition, als sich zum zweiten Mal durch Adenauer unter das Joch beugen lassen« – so brachte Mende bereits im Juli 1962 die Stimmung auf einen knappen Nenner (S. 63). Von Erhard, der von vornherein als Übergangslösung betrachtet wurde, war die FDP alsbald enttäuscht: »[...] verkorkste Politik des Erhard-Kabinetts« lautet zur Jahreswende 1965/66 Schollwers Resümee (S. 300). Die Aufzeichnungen liefern für eine an inneren Krisen reiche Periode der bundesrepublikanischen Geschichte wichtige Aufschlüsse über die Diskussionen in der von internen Querelen geschüttelten FDP und innerhalb der zerstrittenen Regierungskoalition.

Das Ende des Kabinetts Erhard und die Bildung der Großen Koalition hautnah miterlebt hat der Publizist und Politiker Klaus-Peter Schulz (*1915), der 1965 als Berliner Abgeordneter die parlamentarische Bühne in Bonn betrat und der in seinen Erinnerungen Details aus jenen fünf »aufregende[n], angespannte[n] und verwirrende[n] Wochen« (S. 487) im Spätherbst 1966 präsentiert, bis die Regierung von CDU/CSU und SPD »unter heftigen Geburtswehen« aus der Taufe gehoben wurde (S. 354). Schulz gehörte zu

den rechten Sozialdemokraten, die 1966 ernsthaft die Möglichkeit eines Bündnisses mit der FDP ausloten wollten, dies aber als zu abenteuerlich verwarfen. Mit ihm meldet sich ein – wie er sich selbst bezeichnet – »sozialer Demokrat« (S. 20) zu Wort. Der Sohn des langjährigen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Heinrich Schulz stieß, geprägt durch das Elternhaus, am Ende der Republik nahezu zwangsläufig zur SPD. Seine eigentliche politische Karriere begann nach dem Zweiten Weltkrieg: als Mitbegründer der SPD in Berlin, deren Eigenständigkeit er entschieden verteidigte, als engagierter politischer Publizist bei mehreren Zeitungen und Rundfunkanstalten, als Parlamentarier des baden-württembergischen Landtages, des Berliner Abgeordnetenhauses und des Bundestages sowie als Mitglied in europäischen Kommissionen (u. a. 1970/71 Präsident der Politischen Kommission der WEU-Versammlung) und des Europäischen Parlaments (1973/76). Aufsehen erregte im Oktober 1971 sein Wechsel zur CDU aus Protest gegen die Ostverträge. Die wachsende Entfremdung von seiner Partei zeichnet er an seinen ursprünglich engen Beziehungen zu Willy Brandt nach, mit dem er bereits 1964 – ausgelöst durch die Passierscheinfrage – grundsätzliche Kontroversen über die gesamtdeutsche Politik ausgefochten hatte. Der Austritt aus der SPD war das Ende eines langfristigen Prozesses; Klage führte er über den »scharenweisen Eintritt« neuer, meist jugendlicher Anhänger unter dem Vorsitz Brandts, die in seinen Augen »mehr Utopisten und Zeloten als tolerante Demokraten« (S. 369) waren. Dies habe zu einer Abkehr von den traditionellen Zielen der Sozialdemokratie geführt. Das war die Sicht eines Traditionalisten, der sich mit dem Wandel der SPD zur modernen, vor allem für jüngere Bevölkerungsschichten attraktiven Volkspartei schwer tat. Bereits vor seinem Austritt aus der SPD hatte er im März 1971 bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus seine Stimme der CDU gegeben. Fünf Jahre nach seinem Parteiwechsel – sein Mandat hatte er freilich behalten – verließ er jedoch auch die CDU; das war, wie es im vorangestellten tabellarischen Lebenslauf heißt, der »freiwillige Verzicht auf politische und parlamentarische Aktivitäten«. Er versuchte sich anschließend mit der Gründung neuer Parteien, die aber ebenso scheiterten wie die Herausgabe einer politischen Vierteljahresschrift.

Die in den Schriften des Bundesarchivs veröffentlichten Erinnerungen sind keine chronologische Abfolge seines politischen Werdegangs. Dieser erschließt sich über Schilderungen seiner Beziehungen zu 24 Persönlichkeiten der Zeitgeschichte, die seinen Weg kreuzten und mit denen er in mehr oder minder engem Kontakt stand: vom preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun über Kurt Schumacher, Carlo Schmid und Franz Josef Strauß, dem »Weltbühne«-Autor Kurt Hiller, dem Publizisten und Verleger Erik Reger bis hin zur Tucholsky-Witwe Mary, mit der ihn eine Seelenverwandtschaft verbindet. Diese Art der »Erinnerungen« ist ebenso ungewöhnlich wie reizvoll. Schulz verbindet rückschauende Betrachtung mit authentischen Quellen der Zeit, integriert als Beleg für seine Aussagen umfangreiche Passagen aus seinen Journalaufzeichnungen und Briefen, die sich in seinem jetzt im Bundesarchiv aufbewahrten Nachlaß befinden. Das Ganze fügt sich zu einem geistreichen, wenngleich sehr subjektiven Zeitbild zusammen. Hier liegt die brillant erzählte, mit geübter Feder verfaßte Geschichtsdarstellung eines unbequemen, nicht stromlinienförmigen Politikers vor, der sehr einprägsame Charakterbilder seiner Zeitgenossen – etwa über Schumacher und Wehner – liefert, der sich aber auch nicht scheut, die Erinnerungen an einigen Stellen zu einer persönlichen Abrechnung zu nutzen, wobei dann äußerst scharfe Urteile über seine Zeitgenossen fallen. Dies gilt etwa für das Kapitel über Egon Bahr, den er mit giftigen Kommentaren überzieht, die selbst aus einer persönlichen Kränkung und Verbitterung kaum erklärbar sind. Den Abschnitt über Adolf Grimme, dem er bereits durch die Überschrift »Demontage einer Legende« die Richtung gibt, nutzt er zu einer scharfzüngigen Bilanzierung seiner knapp halbjährigen Zeit beim Nordwestdeutschen Rundfunk. Schulz hat seine Urteile nicht abgeschwächt, wie das mitunter bei Politiker-Memoiren aus Rücksicht auf die Zeitgenos-

sen der Fall ist. In dieser ungeschönten Rückschau liegen Reiz und Problematik solcher Erinnerungen. Auf der einen Seite geben sie Aufschluß über die persönlichen Beziehungen der Akteure; sie werden aber andererseits den Zeitgenossen nicht gerecht. Die Memoiren machen zugleich deutlich, daß Schulz sich schließlich zwischen alle Stühle setzte und immer stärker in die Isolation geriet. Er gibt sich wenig bescheiden; so glaubt er, daß die »Berufung in ein mir adäquates Amt mit den üblichen gegen mich gebrauchten Argumenten« hintertrieben wurde (S. 538), und ist besonders enttäuscht, daß Brandt »in seiner Mannschaft keinen Platz« für ihn gefunden habe (S. 383). Er fühlt sich gekränkt, als ein von Strauß fest zugesagtes Gespräch nicht zustande kommt, er vergeblich im Vorzimmer des bayerischen Ministerpräsidenten wartet und schließlich unverrichteter Dinge – »in unvorstellbarer Erbitterung« (S. 570) – abreist. Das ist das Ende seiner Bekanntschaft mit dem CSU-Vorsitzenden, den er trotz des als tiefe Enttäuschung empfundenen Ereignisses »nach wie vor für den qualifiziertesten deutschen Politiker« hält. Die in weiten Teilen provozierende und Widerspruch herausfordernde Betrachtung aus der Hand eines sozialdemokratischen Politikers, der zwar nicht zur ersten Garnitur gehörte, aber doch ganz vorn in der zweiten Reihe der Partei stand, ist nicht nur für den Weg der SPD von der Oppositions- zur Regierungspartei von Bedeutung. Wer sich mit der schwer faßbaren sozialgeschichtlichen Kategorie der »politischen Klasse« im Deutschland nach Hitler beschäftigt, wird auf die »authentischen Spuren« von Schulz als einem typischen Vertreter der Nachkriegsgeneration zurückgreifen.

Ein Kapitel widmet Schulz Otto Suhr, dem Regierenden Bürgermeister von Berlin aus den Jahren von 1955 bis 1957, den er als einen »Fanatiker der Arbeit« vorstellt. Suhr (1894–1957) gehörte nicht zu den Politikern, die einen durch Brüche und Wandel gekennzeichneten Lebensweg vorweisen, der schon früh Biographen herausfordern hätte. So ist das vornehmlich auf veröffentlichten Quellen basierende Lebensbild Gunter Langes die erste Biographie des Sozialdemokraten und Gewerkschafters, der 1945 bereits auf eine politische Karriere zurückblicken konnte. Nach dem Ersten Weltkrieg schloß sich der Sohn eines kleinen Postsekretärs der Sozialdemokratie an. Das Erlebnis der Kriegsmaschinerie und die unmittelbare Begegnung mit der Arbeiterschaft im Schützengraben hatten ihn zu diesem Schritt motiviert. Suhrs Karriere war untypisch für die gewerkschaftliche Funktionselite von Weimar: Nach knapp eineinhalb Jahren als Pressereferent der Reichszentrale für Heimatdienst beim Regierungspräsidenten in Kassel und dem darauffolgenden Abschluß seines Studiums beriefen ihn die örtlichen Gewerkschaften zum Arbeitersekretär. Als Akademiker – der erste, der bei den Gewerkschaften in der Weimarer Republik angestellt wurde (S. 42) – war er ein Quereinsteiger, der nicht die Ochsentour von der gewerkschaftlichen Basis bis in besoldete Positionen durchlaufen hatte. Der »Arbeiterdokter«, der die ganze Bandbreite proletarischer Not kennenlernte, verstand sich nicht nur als ein sozialpolitischer Berater; er sah einen der Schwerpunkte seiner Tätigkeit in der politischen Bildung. Sein 1926 veröffentlichtes Werk »Die Welt der Wirtschaft vom Standort des Arbeiters« zählte zu den bis 1933 meistgelesenen Lehrbüchern der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. 1925 hatte er die Leitung der wirtschaftspolitischen Abteilung beim »Allgemeinen freien Angestelltenbund« (AfA) übernommen und lehrte nebenberuflich an der Hochschule für Politik. Nach dem Preußen-Schlag 1932 gehörte er neben dem AfA-Vorsitzenden Siegfried Aufhäuser zu den wenigen Funktionären der Arbeiterbewegung, die dem Staatsstreich aktiven Widerstand entgegensetzen wollten, aber desillusioniert die mangelnde Aktionsbereitschaft der Arbeiterschaft registrieren mußten. Es gelang ihm, der sich nicht zum aktiven Widerstandskämpfer berufen fühlte, den Nationalsozialismus in einer Nische – als Wirtschaftsjournalist der »Frankfurter Zeitung« – zu überstehen. Er verkörperte damit die sozialdemokratische Funktionärsriege in der Nachkriegszeit, die die Diktatur in der inneren Emigration überlebt hatte.

Lange bettet die Schilderung der Berliner Nachkriegszeit Suhrs sehr stark in die allgemeine, hinlänglich bekannte Geschichte der Stadt und der örtlichen sozialistischen Organisationen ein; er zeigt den um die Eigenständigkeit von SPD und Gewerkschaften kämpfenden Politiker, der diese nicht zum Büttel von SED und sowjetischer Besatzungsmacht werden lassen wollte. Über Berlin hinaus machte sich Suhr als Mitglied des Herrenchiemseer Verfassungskonvents, des Parlamentarischen Rates und als Berliner Abgeordneter im ersten Bundestag einen Namen. Als einer der führenden Köpfe der Berliner SPD und als Parlamentspräsident bildete er mit Ernst Reuter ein erfolgreiches Gespann – »ein starkes Tandem« (S. 205) – trotz ihrer völlig unterschiedlichen Charaktere. Charisma wie Reuter besaß er nicht; zum populären Landesvater entwickelte sich der kühl und distanziert wirkende Suhr nicht, er war kein die Massen in den Bann ziehender Redner, verfügte aber als »glänzender Administrator im Sinne eines politischen Managements« (S. 211) über Fähigkeiten, die nicht vor der Öffentlichkeit, sondern am Regierungstisch und im Parteizimmer zur Geltung kamen. Er entwickelte Sinn für die Verknüpfung von Theorie und praktischer Politik, war »ein Mann der Tat, der es verstand, theoretische Erkenntnisse in der Praxis zu verwerten« (Franz Neumann). Mit dieser flüssig geschriebenen Biographie ist Suhr ein wenig aus dem Schatten Reuters und Brandts hervorgeholt worden.

Über den ersten gewählten Ministerpräsidenten Bayerns Hans Ehard (1887–1980) liegt jetzt eine (Teil-) Biographie vor, die unter dem Aspekt der föderalistischen Politik die (erste) Regierungszeit des CSU-Politikers von 1946 bis 1954 untersucht. Die Würzburger Dissertation behandelt im ersten Teil die Rolle Ehards bei den Stufen zur Weststaatgründung. Ehard erschien die politische »Stunde Null« am Ende der Kriege als einmalige Chance, eine neue föderalistische Ordnung zu begründen. Das, was außerhalb des seit jeher um seine Eigenständigkeit fürchtenden Bayerns mitunter als »Eigenstaatlichkeitspsychose« (Ludwig Bergsträsser) abgetan wurde, war Ausdruck eines aus der Erfahrung von Weimar abgeleiteten politischen Prinzips. Die Katastrophe von 1933 wurde auch dem Zentralismus der ersten Republik angelastet. Das war die historische Begründung für die Forderung nach einem ausgeprägten Föderalismus, der als Grundvoraussetzung für die Stabilität der Demokratie betrachtet wurde.

Aus diesem Selbstverständnis heraus widersetzte sich Ehard vehement den Zentralisierungsbestrebungen des bizonalen Wirtschaftsrates und sah im Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebietes, dem Koordinierungsorgan der Ministerpräsidenten in der US-Zone, die Keimzelle für eine künftige föderale Ordnung der Bundesrepublik. Seine Aktivitäten im Kreise der Regierungschefs, die mit der Münchener Ministerpräsidentenkonferenz 1947, die als gesamtdeutsches Unternehmen scheiterte, ihren Höhepunkt erreichten, standen unter dem Bemühen, den Ländern entscheidendes Gewicht bei der Grundsteinlegung der Demokratie zu verleihen und die Ministerpräsidenten, die er selbst einmal im Mai 1947 als »Treuhänder des deutschen Volkes« bezeichnete, als Vertreter der gesamtstaatlichen Interessen zu legitimieren. Angesichts der zunehmenden Zentralisierungstendenzen in der Bizone, die er mit föderalistischen Argusaugen überwachte, stellte er nach der Übergabe der Frankfurter Dokumente im Kreise seiner zögerlichen Kollegen die positiven Wirkungen des alliierten Auftrages heraus. Seine Bedenken gegen eine aus unmittelbaren Wahlen hervorgegangene verfassungsberatende Versammlung und sein Eintreten für eine Ratifizierung des Grundgesetzes durch die Länderparlamente lagen ganz auf der föderalen Linie. Wenn auch mit der Konstituierung des Parlamentarischen Rates die Stunde der Parteien gekommen war und die Ministerpräsidenten an Wirkungsmöglichkeiten eingebüßt hatten, so schaltete sich Ehard immer wieder in die Verfassungsdiskussion ein und suchte die Militärregierung für seine Ziele zu nutzen. So scheint die – letztlich vergebliche – alliierte Intervention vom März 1949 zugunsten einer stärker föderalistischen Ausprägung des Grundgesetzes von Ehard dank

seiner überaus guten Beziehungen zur Militärregierung auf informellem Weg beeinflusst worden zu sein. Gelberg mißt in seiner sich auf bislang nicht herangezogenes Quellenmaterial stützenden Arbeit Ehard und mit ihm den anderen Regierungschefs der Länder bei der Gestaltung des Grundgesetzes mehr Gewicht bei, als dies bislang in der Forschung der Fall war. Er räumt mit einigen lieb gewordenen Legenden auf. Das legendäre Ehard-Menzel-Gespräch vom Oktober 1948 betrachtet er nicht als allein entscheidend für die verfassungsrechtliche Etablierung des Bundesrates. Vielmehr handele es sich nur um ein punktuelles Ereignis im Rahmen eines längerfristigen Prozesses. Ehard wußte extreme föderalistische Tendenzen in den Reihen der CSU zu dämpfen. So war es sein Meisterstück, durch die Kompromißformel »Nein zum Grundgesetz, aber Ja zu Deutschland«, die westdeutsche Verfassung im Landtag abzulehnen, die Ratifizierung aber doch durch die Bestimmung zu sichern, daß das Grundgesetz auch für Bayern gelte, wenn es von zwei Dritteln der anderen Länder angenommen werde. Damit konnte Ehard letztlich die Einheit der CSU bewahren.

Während die Rolle der Ministerpräsidenten als höchste demokratisch legitimierte Organe im Vorfeld der Bundesrepublik bereits des öfteren Gegenstand der Forschung war, wirft Gelberg im zweiten Teil seiner Arbeit erstmalig den Blick auch auf die Bedeutung eines Landeschefs in den Anfangsjahren Westdeutschlands. Damit hat er Neuland betreten. Für dieses Feld eignet sich die Biographie des bayerischen Ministerpräsidenten im besonderen Maße, denn auch nach der Gründung der Bundesrepublik verstand er sich als Wahrer föderalistischer Prinzipien und verwandte seine politische Energie darauf, den Bundesrat zu einer wirkungsvollen Vertretung der Länderinteressen zu machen. Doch bereits die schmerzliche Niederlage bei der Wahl zum ersten Bundesratspräsidenten 1949 markierte einen zunehmenden Rückgang des bundespolitischen Einflusses eines Mannes, der als Vorkämpfer für die föderalistische Ordnung des neuen Deutschland den Weg zur Bundesrepublik wesentlich mitgestaltet hat. Das von der Forschung intensiv bestellte Feld der deutschen Nachkriegsgeschichte ist mit dieser Biographie eines ihrer Gründungsväter bereichert worden. Es bleibt zu hoffen, daß auch die anderen Ministerpräsidenten aus der Zeit des »Interregnums«, über die bislang noch keine wissenschaftlichen Ansprüchen genügende Biographien vorliegen, zum Gegenstand der Forschung werden; das gilt gleichermaßen für die, die bald in Vergessenheit gerieten wie Christian Stock in Hessen, und auch für jene, die über Jahrzehnte die Politik ihres Landes prägten wie Wilhelm Kaisen in Bremen.